

Nordost-Indien im Schlaglicht

In Kooperation mit dem North East India Forum | www.asienhaus.de/neif

Folgen des Militärputsches für den Nordosten

Die indische Regierung vermeidet bislang Kritik am Militär Myanmars, um seine wirtschaftlichen und strategischen Interessen auch mit Blick auf China nicht zu gefährden. Der Nordosten Indiens grenzt an den Chin State, an die Sagaing Division und an den Kachin State. Der Handel am Grenzübergang in Moreh in Manipur war seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 unterbrochen. Anfang Februar 2021 sollte die Grenze wieder öffnen, aber durch den Putsch blieb die Grenzstation weiter geschlossen. Die Regierung Indiens ist ebenso daran interessiert, dass Myanmars Militär die Untergrundorganisationen weiter bekämpft, die in Myanmar Lager unterhalten und von dort aus operieren.

Act East Policy

Seit 2014 verfolgt die BJP-Zentralregierung die *Act East Policy*. Ziele sind der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Nordosten Indiens (NOI) und des Handels zwischen Indien und den ASEAN-Staaten. Myanmar nimmt eine Schlüsselstellung ein. Kollateral soll die regionale Vorherrschaft Chinas eingedämmt werden. Laut Premierminister Modi im Februar 2021 werde der NOI ein neuer „Wachstumsmotor“ für ganz Indien werden. Eines der wichtigsten Projekte ist das *Kaladan Multi Modal Transit Transport Project*, eine kombinierte See- und Landverkehrsverbindung zwischen Kalkatta, Mizoram und einem neuen Tiefseehafen in Myanmar. Auch hier unterstützt das Militär Myanmars Indien durch die Bekämpfung bewaffneter Gruppen im Projektgebiet.

Ausländische Verschwörung beim Tee

Premierminister Modi kommentierte bei einem Besuch Assams im Januar 2021 im Vorfeld der Wahlen im April/Mai 2021 einen Greenpeace-Bericht, der den übermäßigen Einsatz von Pestiziden in der indischen Tee-Industrie kritisiert. Dies sei eine internationale Verschwörung, um den indischen Tee zu diffamieren. Er sei sicher, die Teeplantagenarbeiter/-innen aus Assam würden eine angemessene Antwort auf diese Versuche finden.

Grenzkonflikt mit China

Indische und chinesische Truppen sind Ende Januar 2021 entlang der umstrittenen Himalaya-Grenze in Sikkim aneinandergeraten. Zusätzlich sorgte ein von China an der *Line of Actual Control* (LAC) errichtetes Dorf im Grenzgebiet zum Bundesstaat Arunachal Pradesh für erneute Spannungen.

Bauaktivitäten in Dörfern auf „eigenem Territorium“ seien „normal“ und eine Frage der Souveränität, sagte das chinesische Außenministerium. China erachtet nahezu das gesamte Territorium von Arunachal Pradesh als „Süd-Tibet“ und weist es in Karten als Territorium der VR China aus.

Abzug von Brigaden

Laut Armeechef General M.M. Naravane hat sich die innerstaatliche Situation im Nordosten, insbesondere in Nagaland, deutlich verbessert. Daher könnten bis zu drei Brigaden aus der Region abgezogen werden. Das wären mehrere Tausend Soldaten. Der Armeechef fügte hinzu, dass nur noch drei Distrikte in Arunachal Pradesh aus Sicht des Militärs als bedenklich eingestuft würden.

Spannungen an der Grenze zu Bangladesch

Die Regierung Bangladeschs plant ein neues Touristikzentrum in den Chittagong Hill Tracts, mit einem Fünf-Sterne-Hotel der Kette Marriotts, Nebengebäuden, Straßen und einem kompletten Abwassersystem. Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass die Baumaßnahmen zur Vertreibung von etwa 20.000 Angehörigen der Garo und Mro sowie deren Flucht in die Bundesstaaten Mizoram und Meghalaya führen könnten.

Wahlen in Assam

Von Ende März bis Anfang April 2021 finden in Assam Wahlen für das Landesparlament statt. Bei den Wahlen im Jahr 2016 siegte die BJP über die *Congress*-Partei und bildete zum ersten Mal die Landesregierung in Assam. Die BJP gewann damals 60 Sitze und bildete mit der *Bodoland People's Front* (BPF) und der *Asom Gana Parishad* (AGP) eine Regierungskoalition. Umfragen von Anfang März 2021 sehen die Koalition mit 67 Sitzen bei 126 Parlamentssitzen knapp vorne.

Schließung von Koranschulen

Die hindu-nationalistisch geführte Landesregierung in Assam hat noch im Dezember 2020 ein Gesetz verabschiedet, das alle islamischen Schulen abschafft, weil sie angeblich minderwertige Bildung böten. Mehr als 700 dieser *Madrassas* sollen bis April 2021 geschlossen und in staatliche Schulen umgewandelt werden. Der Bildungsminister Assams erklärte. „Wir brauchen mehr Ärzte, Polizisten, Verwaltungsmitarbeiter und Lehrer, anstatt Imame für Moscheen.“ Oppositionspolitiker nannten das Gesetz einen Angriff auf Muslime.